

Liebe Genossinnen und Genossen



Es gibt Themen, die sind so emotional, dass es schwierig ist, sachlich über sie zu diskutieren. Das Thema Organspende ist so eines. Im Bundestag wurde vor kurzem die Umstellung auf eine Widerspruchslösung abgelehnt. Ich persönlich finde das sehr bedauerlich.

Wir müssen bedenken: Jedesmal, wenn ein Mensch zum Organspender wird, ist eine schreckliche Tragödie geschehen. Menschen, die nach einem erfüllten, langen Leben friedlich einschlafen, werden nicht zu Organspendern. Dies geschieht nur, wenn jemand in halbwegs jungen Jahren plötzlich durch einen Unfall oder eine kurze Erkrankung aus dem Leben gerissen wird.

Für die Angehörigen die schlimmste Zeit ihres Lebens. Und genau dann werden sie

mit der Frage konfrontiert, ob man mit Teilen des Körpers, der doch eben noch der geliebte Mensch war, anderen Menschen das Leben retten will oder es zumindest verbessern will. Ich finde das furchtbar und unfair. In seiner Trauer möchte man sich nicht damit beschäftigen müssen

... weiter auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Evelyne Gebhardt: „Von der Wirtschafts- zur Bürger-Union“	3
Rot-wild-Gewinnspiel mit Tasse	6
Birte Könnecke: „Für unsere Demokratie einstehen!“	6
Leidtragende sind die Behinderten	8
"Ist dieser Haushalt eher Brot oder Kuchen?"	11
Oh Mann, Boomer	13
Landtagswahl 2021: Wir treten an	15
Klimaschutzoffensive statt Klimanotstand	15
Impressum	16
So geht Ortsverein	17
SPD-Faktenfunk	17
OV Sulzburg: Volksbegehren vs. Volksantrag	17
Termine, Statistiken	19

Viele Menschen stehen Organspenden durchaus positiv gegenüber (insbesondere, wenn es darum ginge, eines zu empfangen, aber auch als Gebender). Sie ziehen es nur vor, sich nicht mit dem Thema des plötzlichen Todes zu beschäftigen. Es gibt ja soviel anderes und wichtigeres im Leben. Ich verstehe das. Nur gibt es leider auch sehr viele Menschen, die auf ein Spenderorgan angewiesen sind. Und für die hätte ich es richtig gefunden, wenn man jedem Menschen zumutet, sich einmal Gedanken darüber zu machen und eine Position zu beziehen. Um nichts anderes ging es bei der Widerspruchslösung. Die Diskussion ging leider vielfach in die Richtung, es würde einem die Selbstbestimmung über seinen Körper weggenommen werden und der Staat würde Besitzansprüche an den Organen erheben, oder es würde dann einen Zwang zur Organspende geben. Was ja nun völliger Unfug ist. Der einzige Zwang, den es gegeben hätte, wäre der, dass man einmal selbst bestimmen müsste. Jetzt können wir weiter so tun, als wären wir unverletzlich und die Verantwortung, sollte doch etwas passieren, letztendlich auf unsere Angehörigen abwälzen.

Die jetzige Lösung ist keine Lösung und ich verstehe nicht, warum gerade die Grünen so vehement dafür eingetreten sind. Also bleibt es an jedem von uns, sich die Zeit zu nehmen, eine Entscheidung zu treffen und diese dann möglichst rechtzeitig zu kommunizieren. Ich habe seit meinem 18.

Geburtstag einen Organspendeausweis und meine Familie weiß, wie ich dazu stehe. Als Tierärztin bin ich der festen Überzeugung, dass ich nach meinem Tod meinen Körper nicht mehr brauche und wenn er anderen dann noch helfen kann, umso besser. Aber das ist eine ganz persönliche Entscheidung. Ich finde nur, jeder sollte sie treffen, so oder so, und finde es schade, dass diese Chance vertan wurde.

Bil Stunede.

Evelyne Gebhardt: „Von der Wirtschafts- zur Bürger-Union“

Evelyne Gebhardt (SPD-MdEP) plädiert beim Neujahrsempfang für ein Europa, in dem die Menschen und nicht die Banken und Konzerne im Mittelpunkt stehen.

Einmal mehr willkommener Anlass, jenseits des Weltgetriebes in nahezu familiärer Atmosphäre innezuhalten, Rück- und Vorschau zu halten und sich des eigenen Wünschens und Wollens zu versichern, bot der Neujahrsempfang des SPD-Kreisverbandes Breisgau-Hochschwarzwald im Hofgut Himmelreich. Ein leidenschaftliches Plädoyer dafür, weiter engagiert am Haus Europa zu bauen, an einem Europa der Bürgerinnen und Bürger, des Friedens, der Gerechtigkeit und der Solidarität hielt die sozialdemokratische

Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt aus Schwäbisch Hall. Sie begrüßte es, dass alle Befürchtungen, der Brexit könne zu einem Domino-Effekt führen, sich nicht bewahrheitet haben.



Ungarn und Polen, so die vormalige Vizepräsidentin des Europäischen Parlamentes (2017 bis 2019) hätten erkannt, welche Probleme ein EU-Austritt mit sich bringe, und erklärt, Mitglieder der EU bleiben zu wollen. Selbst Marine Le Pen von der französischen Rechten sei zuletzt von ihrer Forderung nach einem Ausscheiden Frankreichs abgerückt.

Besorgt zeigte sich die SPD-Abgeordnete, deren Arbeitsschwerpunkte Bioethik, Verbraucherschutz und Bürgerrechte sind, über die Gefährdung der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn, vor allem aber in Polen. Dass plötzlich weiße Flecken entstehen, in denen Menschen mit einer anderen sexuellen Orientierung nicht mehr willkommen sind, dass an Türen von polnischen Gaststätten Schilder hängen, auf denen steht, dass Homosexuelle draußen bleiben müssen, sei zutiefst erschreckend.

„Da müssen wir mit voller Stärke dagegen angehen“, sagte die Sozialdemokratin. Und das erwarte sie auch von der neuen Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.



Das Verbot von Diskriminierung sei ja in der EU-Grundrechte-Carta verankert und stehe auch in den Verträgen der Union: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Gemeint sei nicht die Würde bestimmter Menschen, sondern ausnahmslos aller Menschen. Es sei nicht akzeptabel, dass irgendein Land diese Tatsache infrage stellt, betonte Evelyne Gebhardt unter starkem Beifall. Es sei nämlich genau das, was die Rechtsextremen wollten, einen Keil zwischen die Menschen und in die Gesellschaft zu treiben. Und weiter wörtlich: „So entstehen Konflikte und Auseinandersetzungen und irgendwann auch wieder Kriege.“ Der SPD gehe es aber um Frieden, Solidarität und Gerechtigkeit.

Vor dem Hintergrund rechtsstaatlicher Erfordernisse missbilligte Evelyne Gebhardt auch Donald Trumps Entscheidung, den iranischen General Soleimani ermorden zu lassen. Letzterer habe zwar Tausende von

Toten zu verantworten gehabt. In einem Rechtsstaat könne man aber nicht einfach sagen: „Der stört mich und deswegen muss er weg.“

Europa müsse in der Außenpolitik wieder stärker als Vermittler auftreten, forderte Gebhardt. „Für uns Sozialdemokraten ist es wichtig, dass wieder die Diplomatie die Oberhand gewinnt“, betonte die SPD-Politikerin. „Das ist ja genau das, was wir in der europäischen Union lernen mussten, dass wir anstelle von kriegerischer Gewaltausübung miteinander reden, uns an einen Tisch setzen und zusammen Lösungen finden.“ Das sei der Weg, den „wir Sozialdemokraten immer verfolgt haben“.



Angesichts der Ausbreitung autoritärer Herrscher in der Welt - Trump, Putin, Xi Jinping, Erdoğan, Orban und viele anderer - gehe es auch darum, die Bürger wieder stärker für Europa zu gewinnen, unterstrich die Sozialdemokratin. Es dürfe in der EU nicht nur um die Rechte der Banken und großen Konzerne, die Belange einer reinen Wirtschaftsgemeinschaft gehen. „Die EU muss eine Sozialunion werden, eine Union der Bürgerinnen und Bürger, der Ver-

braucherinnen und Verbraucher, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“, betonte die Rednerin. Vor diesem Hintergrund finde sie es sehr problematisch, dass der britische Premier Johnson „gerade eben wieder gesagt hat, er werde sich in keinem Fall von der EU diktieren lassen, welche Arbeitnehmer- und Sozialrechte wir in Großbritannien einzuhalten haben“. Gebhardts mit Beifall bedachter Kommentar dazu: „Wir brauchen kein Sozialdumping und wir brauchen keinen sozialen Wettbewerb unter dem Mitgliedsstaaten. Das wäre der Tod der Europäischen Union.“



Dass es in mehr als 70 Jahren in Europa keinen Krieg mehr gegeben hat und viele Menschen heutzutage in Frieden und einigermaßen in Wohlstand leben können, sei ungewöhnlich und nicht selbstverständlich. Darauf dürfe man stolz sein. Und an diesem Glück müsse weitergearbeitet werden, auch im Dienste des Umwelt- und Verbraucherschutzes. Evelyne Gebhardt wörtlich: „Wir müssen das gerade auch unseren jungen Menschen klarmachen, die keine Ahnung davon haben, was Krieg bedeutet.“ Ziel sei ein Europa der Solidari-

tät, der Gerechtigkeit, des Friedens und des Zusammenhalts.

Die AfD, so die SPD-Abgeordnete weiter, verschließe die Augen vor den Problemen, sage nur, was sie nicht wolle. „Das ist aber nicht der Weg der Sozialdemokratie“, sagte Evelyne Gebhardt. Und weiter: „Unser Weg ist ein Weg der Gestaltung, dafür zu sorgen, dass wir vorangehen in dem, was wir begonnen haben, nämlich am Haus Europa zu bauen, einem Haus des Friedens, der Gerechtigkeit und der Solidarität.“

Eine wichtiger Punkt wurde in der Frageunde von der SPD-Kreisvorsitzenden Birte Könnecke angeschnitten: Ob es einen harten Brexit geben werde, ob der zum Sprengsatz für Europa werde oder uns eher zusammenschweiße. Evelyne Gebhardt ließ keinen Zweifel daran, dass es bis zum Ende der Übergangszeit im Dezember 2020 noch zu harten Verhandlungen kommen werde. Dies, weil Boris Johnson darauf drängt, den Zugang zum europäischen Binnenmarkt zu behalten, ohne sich aber an die Arbeitnehmer- und Verbraucherschutzrechte, sowie die Freizügigkeitsregeln der EU zu halten. Für das Freihandelsabkommen mit Kanada habe die Europäische Union sieben Jahre gebraucht und nun solle das mit Großbritannien in elf Monaten gelingen, zeigte sich die SPD-Politikerin skeptisch. In jedem Fall sei die Zukunft in dieser Angelegenheit „sehr unsicher“, sowohl für die Briten in der EU als auch für Europäer in Großbritannien.



Völliges Unverständnis äußerte Evelyne Gebhardt darüber, dass Boris Johnson das Parlament habe beschließen lassen, dass es erstens keine Verlängerung in den Austrittsverhandlungen gibt und dass zweitens die Abgeordneten im Unterhaus dazu nichts mehr zu sagen haben. Dass die britischen Abgeordneten sich auf diesem Weg selbst entmündigen, sich das Recht nehmen lassen, über Wohl und Wehe des Volkes zu entscheiden, sorgte im Kreise der versammelten Sozialdemokraten für ungläubiges Staunen. Evelyne Gebhardt dazu: „Das kann nur Konservativen passieren. Der SPD wäre das ganz bestimmt nicht passiert. Das kann ich einfach nicht nachvollziehen. Aber es ist so. Es wird eine schwierige Zeit werden.“

Bernd Michaelis

Link-Tipp

Ein Video von Evelynes Rede gibt es auf [unserem YouTube-Kanal Rot-wild im Schwarz-wald.](#)

Rot-wild-Gewinnspiel mit Tasse

Seit kurzem haben wir diese krassen Tassen mit unserem neuen Rot-wild im Schwarzwald Logo.



Die sollen unters Volk und deshalb gibt es dazu jetzt ein Gewinnspiel:

Unter allen, die bis zu unserem nächsten Kreisparteitag am 14. März 2020 einen Beitrag unserer Facebook-Seite [Rot-wild im Schwarzwald](#) teilen (egal welchen), verlosen wir eine dieser wunderschönen Rot-Wild-Tassen. Die Chancen steigen natürlich, wenn man möglichst viele Beiträge teilt :-)

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen, das Glück alleine entscheidet und zwar an der Lostrommel am Kreisparteitag.

Birte Könnecke: „Für unsere Grundwerte und unsere Demokratie einstehen!“

Unsere Kreisvorsitzende Birte Könnecke möchte 2021 erneut für den Landtag kandidieren.

Ihre erneute Kandidatur im Wahlkreis Breisgau bei der Landtagswahl 2021 hat unsere Kreisvorsitzende Birte Könnecke unter großem Beifall beim traditionellen Kreis-Neujahrsempfang im Hofgut Himmelreich bekanntgegeben. 2016 war sie auf dem dritten Platz gelandet.



„Ich glaube daran, dass es gerade in Zeiten, in denen sich Kommunalpolitiker immer mehr Anfeindungen ausgesetzt sehen, in denen demokratisch gewählte Bürgermeister zurücktreten, da sie sich an Leib und Leben bedroht sehen, in Zeiten, in denen Naziparolen wieder salonfähig werden und Einzelne schon wieder von der Entsorgung von Menschen fabulieren, es wichtig ist, dass wir für unsere Grundwerte

und für unsere Demokratie einstehen“, betonte sie in ihrer Neujahrsrede.

Aber nicht nur das. Bessere Bedingungen in der Pflege seien in einer immer älter werdenden Gesellschaft ein entscheidendes Zukunftsthema, sagte sie. Und da starke Schultern mehr tragen könnten als schwache, trete die SPD auch für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer ein.



„Die SPD wird gebraucht. Man mag manchmal mit einzelnen Entscheidungen oder Personen hadern, die SPD steht für den Glauben, dass eine gerechtere Gesellschaft möglich ist, dass alle die gleichen Chancen haben können, dass der Zustand Weltfrieden anzustreben ist und dass Solidarität ein Miteinander erst erstrebenswert macht“, unterstrich Birte Könnecke und dem Beifall der rund 70 Gäste, darunter viele Mitglieder aus dem Landkreis sowie einige Kreis- und Gemeinderäte.

„Wir wollen den Sozialstaat als Partner der Menschen sehen“, sagte sie. Dieser Sozialstaat müsse für mehr Chancen, mehr Sicherheit und mehr Gerechtigkeit stehen. „Wir haben die längst überfällige Abkehr

von Hartz IV beschlossen. Damals, als es eingeführt wurde, war es richtig. Jetzt ist es überholt und muss nicht geflicktschustert, sondern durch ein neues System ersetzt werden“, legte unsere Kreisvorsitzende dar. Zu erreichen sei dies mit einem Bürgergeld.



In einer sich immer schneller verändernden Arbeitswelt brauche es auch ein Recht auf Weiterbildung. Ein reiches Land wie Deutschland könne sich keine Kinder- oder Altersarmut leisten. „Das sind Gruppen, die ihr Schicksal nicht, beziehungsweise nicht mehr in der Hand haben. Für sie muss der Staat da sein“, unterstrich sie. Und weiter wörtlich: „Hierfür wollen wir die Kindergrundsicherung und neben der Grundrente einen höheren Mindestlohn, der eben auch als Prävention gegen Altersarmut funktioniert.“

Es brauche Menschen, die in ihrem Einflussbereich ihr Möglichstes tun, um das alles zu erreichen. Um dies zu tun und vielleicht noch den Einflussbereich etwas auszubauen, kandidiere sie erneut, sagte Birte Könnecke und ergänzte: „Über eure Unterstützung dabei würde ich mit mich natürlich sehr freuen.“



Dass sie sich dieser Unterstützung sicher sein kann, zeigte der frenetische Beifall. Kreisvorstandsmitglied Hartmut Hitschler verband seine nachträgliche Gratulation zu einem runden Geburtstag unserer Vorsitzenden mit der Versicherung, dass „Deine Landtagskandidatur von uns ganz massiv unterstützt wird“. Er dankte Birte Könnecke für ihre unermüdliche Arbeit als Kreisvorsitzende und lobte auch ihr Team. Hartmut Hitschler wörtlich: „Wir haben wirklich einen tollen Kreisverband.“ Die versammelten Genossinnen und Genossen gratulierten spontan mit dem Lied „Zum Geburtstag viel Glück“.

Bernd Michaelis

Link-Tipp

Videos von Birtes Rede und vom Neujahrsempfang gibt es auf [unserem YouTube-Kanal Rot-wild im Schwarzwald](#).

Den Redetext hat Birte auf ihrer [Homepage birte-koennecke.de](http://Homepage.birte-koennecke.de) veröffentlicht.

Leidtragende sind die Behinderten

Die Betroffenen sind verunsichert: Bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes fehlt es an Geld und Personal.

Menschen mit Behinderung sollen ein selbstbestimmtes Leben führen können. Das wurde im Koalitionsvertrag von 2013 festgelegt und Ende 2016 gesetzlich verankert. Behindertenrechte sind Menschenrechte, lautet die Position der Sozialdemokraten. Bei der praktischen Umsetzung aber dessen, was in der UN-Menschenrechtskonvention festgelegt ist, nämlich eine vollumfängliche Teilhabe behinderter Menschen am Leben in der Gemeinschaft, hakt es.



Landkreise und Städte klagen über zu wenig Geld, die Betroffenen über viel Verunsicherung. Das wurde bei einer von der Vorsitzenden Birte Könnecke geleiteten Podiumsdiskussion des SPD-Kreisverbandes Breisgau-Hochschwarzwald im Müllheimer Werkzentrum der Christophorus-Gemeinschaft deutlich.

Das 2017 mit einer ersten Stufe in Kraft getretene vierstufige Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung, kurz Bundesteilhabegesetz (BTHG), beschäftigt die Kreis-SPD schon seit längerem, obgleich das Thema in der Öffentlichkeit bislang kaum Beachtung fand. Takis Mehmet Ali, der Verwaltungsleiter der Christophorus-Gemeinschaft Müllheim, einer renommierten Behinderteneinrichtung, ist Mitglied im Kreisvorstand der SPD und hatte schon im Frühjahr 2019 öffentlich beklagt, dass der Landkreis seinen Behinderteneinrichtungen mehr Geld zur Verfügung stellen müsse für den zusätzlichen Verwaltungsaufwand, der bei der Umsetzung des BTHG anfällt.

„Das Land Baden-Württemberg bemüht sich derzeit darum, eine Vorgehensweise zu finden, anhand derer der individuelle Bedarf betroffener Personen ermittelt werden kann“, stellte der Vertreter der Christophorusgemeinschaft noch vor einem Jahr fest. Jetzt mussten die Sozialdemokraten ernüchternd feststellen: Die Stuttgarter Koalitionsregierung ist seither nicht sehr viel weiter gekommen. „Keine Teilhabe unter dieser Regierung! Opfert Grün-Schwarz das Bundesteilhabegesetz für die schwarze Null?“ lautete denn auch der durchaus provokante Titel der jüngsten Podiumsdiskussion.

Hintergrund ist nach Auffassung der SPD eine berechtigte Kritik am Land, weil es – anders als in anderen Bundesländern –

bislang nicht gelungen ist, in Baden-Württemberg einen Rahmenvertrag über Leistungen und Vergütungen zu formulieren. Ein Kernproblem ist die Einhaltung des Konnexitätsprinzips: Wenn ein Land seinen Kommunen eine kostspielige Aufgabe überträgt, muss es für den finanziellen Ausgleich sorgen.

Jürgen Halbleib, Referent für Wirtschaftsberatung beim Caritasverband der Erzdiözese Freiburg, brachte bei der vom SPD-Kreisverband organisierten Podiumsdiskussion die Sache auf den Punkt: „Das Gesetz hat der Bund verbochen und das Land und die Kommunen müssen es jetzt umsetzen und damit klarkommen“. Das Problem sei von oben nach unten auf die kommunale Ebene herunter verlagert worden. Von Städten, Landkreisen und Gemeinden könnten die Behinderteneinrichtungen aber derzeit keine Unterstützung erwarten, ergänzte Takis Mehmet Ali auf dem Podium.



Nach Angaben des Städte- und Landkreistages müssen bis zum Jahr 2022 Mehrausgaben von rund 150 Millionen Euro geschultert werden. Zu Buche schlagen dabei höheren Kosten beim Hilfebedarf

Betroffener, die Freibeträge bei Einkommen und Vermögen Behinderter, sowie zusätzliche Leistungen zur Ermöglichung von Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Weil es nun diesen Rahmenvertrag zwischen den kommunalen Landesverbänden und den verschiedenen Leistungserbringern noch nicht gibt, greift im Land bis 31. Dezember 2021 eine haushaltsneutrale Übergangsregelung. Die Umstellung der alten Pflegesätze auf die neuen Assistenzleistungen erfolgt dabei im Rahmen des betrieblichen Rechnungswesens. Nun erwartet die SPD im Gleichklang mit der Liga der Freien Wohlfahrtspflege, dass die Umstellungskosten, die die Behinderteneinrichtungen zu tragen haben, in dieser Zeit vom Land erstattet werden. Eigentlich, so Mehmet Ali, sollten die Kommunen entlastet werden. „Das ist aber derzeit am wenigsten zu sehen.“

Mit Jahresbeginn ist eine weitere Stufe des BTHG in Kraft getreten. Doch will die Kritik nicht verstummen: Die Umstellungszeit sei zu kurz bemessen. Leitlinien fehlten. Chancen und Grenzen müssten klarer definiert werden. Die Trennung der Leistungen für Existenzsicherung (Wohnen oder Essen) und der Leistungen zur Teilhabe (Mobilität, Assistenzbedarf oder Bildung) erhöhe den bürokratischen Aufwand, beklagte Halbleib. Das Problem sei, dass eine Abteilung im Sozialministerium sich um die Grundsicherung (Lebensunterhalt und Wohnen) kümmere, eine ganz andere

hingegen um die Eingliederungshilfe (Teilhabe und Selbstbestimmung).

Statt wie früher Pauschalbeträge für „Fürsorge“ zu erhalten, soll künftig jeder einzelne Mensch mit Behinderung in seinen individuellen Bedürfnissen gefördert werden. Kamen die Mittel bislang aus einer Hand, fließen sie künftig aus zwei Töpfen, nämlich der Sozialhilfe und der Eingliederungshilfe. Die Schwierigkeit liege darin, dass für Gelder aus der Sozialhilfe völlig neue Anträge gestellt werden müssten, während früher der Hilfebedarf einfach bei der Behinderteneinrichtung angemeldet werden konnte, erläuterte Mehmet Ali. Der damit verbundene höhere bürokratische Aufwand bei der Beantragung von Leistungen sorgt bei Eltern für erhebliche Irritation und Ratlosigkeit, wie die Sozialdemokraten in der Fragerunde feststellen mussten.

Dabei gehe es für die betroffenen Menschen um sehr viel. Die Leidtragenden seien doch die Menschen mit Behinderung, stellte Birte Könnecke fest. Die SPD stößt sich am schleppenden Fortgang der Umsetzung des Teilhabegesetzes in Baden-Württemberg: Das Land wollte zunächst nicht zahlen. Die Kommunen erklärten, dass sie nicht zahlen könnten. Die Wohlfahrtsverbände stießen sich daran, dass die finanziellen Lasten offenbar auf die Einrichtungen abgewälzt werden sollen und forderte 17 Millionen Euro. Zum Schluss erklärte sich das Land jetzt bereit, 15

Millionen Euro zu berappen. In den Behinderteneinrichtungen herrsche denn auch eine große Verunsicherung, stellten Caritas-Vertreter Halbleib und SPD-Vorstandsmitglied Mehmet Ali unisono fest. Klar sei aber, dass der Leistungsanspruch besteht und die Kommunen letztlich zahlen müssen.

Diese Leistungen sollen sich „am persönlichen Bedarf orientieren und personenbezogen ermittelt werden.“ Die Aufgabe, die individuellen Bedarfe zu erheben, bindet aber viel Arbeitskraft und kostet Geld. Das Problem: Wenn diese Einrichtungen selbst dafür aufkommen müssten, gehe das voll zu Lasten der Qualität von Pflege und Betreuung, befürchten die Sozialdemokraten.

Ganz klar sei, dass jeder Schritt in Richtung von mehr Teilhabe und Selbstbestimmung von Behinderten auch mehr kosten werde, wenn das BTHG nicht zu einem Spargesetz verkommen solle, sagte der Vorstandsvorsitzende der Christophorusgemeinschaft, Joachim Walter. Und es brauche mehr qualifiziertes Betreuungspersonal, betonte Mehmet Ali. An dem fehle es aber. Mit der Notwendigkeit einer 24-Stunden-Präsenz stelle sich auch die drängende Frage nach erträglichen Arbeitszeiten und einer angemessenen Bezahlung. „Viele Betreuer fühlen sich überfordert und geben auf“, teilte Jürgen Halbleib mit. Und so könne der Leistungsanspruch vielfach nicht eingelöst werden.

Die Betreuung behinderter Menschen müsse aber zu einem Anliegen der gesamten Gesellschaft werden, lautete eine Forderung aus dem Publikum. Die Frage, wie die Eingliederung behinderter Menschen in das gesellschaftliche Leben gelingen könne, müsse dabei im Mittelpunkt stehen, meint die SPD.

Bernd Michaelis

"Ist dieser Haushalt eher Brot oder Kuchen?"

In seiner Haushaltrede übt unser Fraktionsvorsitzender starke Kritik am Haushalt und erklärt, warum er in der Fraktion mehrheitlich abgelehnt wird. Ein zentraler Aspekt dabei ist die von Verwaltung und der Mehrheit des Gremiums gezeigte Ablehnung des Sozialtickets.



Die Haushaltrede im Wortlaut:

„Wenn Sie kein Brot haben, sollen Sie doch Kuchen essen.“

Marie Antoinette (Jean Jacques Rousseau)

Ist dieser Haushalt eher Brot oder eher Kuchen? Eher Kuchen, denke ich!

Sehr geehrte Frau Landrätin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Vertreter der Presse,
meine Damen und Herren,

Ich danke für das freundliches Klima im Gremium, für die freundliche Sitzungsleitung. Ich bin vom neuen Kreistag und den Fraktionen angenehm überrascht.

In einem freundlichen Klima darf auch Tacheles in der Sache geredet werden. Das werde ich heute auch tun. Ich möchte zuerst eine Bemerkung machen – dann habe ich auch deutliche Kritik zu üben an diesem Haushalt.

Zur Finanzierung des Landkreises haben wir unterschiedliche Meinungen in der Fraktion. Einig sind wir uns aber in folgender Bewertung: Das Land saniert seinen Haushalt auf Kosten der Landkreise und der Gemeinden. Das findet nun schon seit Jahren statt. Das findet statt an vielen kleinen Stellen, die sich summieren.

Da sitzen wir im selben Boot.

Wie sind die Lasten zwischen Gemeinden und Landkreis zu verteilen? Darüber – also über die Höhe der Kreisumlage – haben wir in der Fraktion unterschiedliche Positionen. Die Mehrheit ist der Meinung, dass der Kreis in jedem Fall finanziell gut ausgestattet sein soll.

Soweit die Bemerkung – jetzt die Kritik.

Bei einem Thema sind wir uns völlig einig in der Fraktion:

Das Sozialticket in diesem Jahr abzulehnen, halten wir für einen schweren Fehler.

Wir nehmen zur Kenntnis: Das Sozialticket ist im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald nicht gewollt.

Das war auch schon in früheren Jahren so. Schade: Die 150 – 200 TEUR wären 2020 sicher drin gewesen.

Das Geld wäre da – für andere Sachen ist es ja auch da.

Ich möchte eine Geschichte erzählen:

Frank, 45 Jahre, hat Multiple Sklerose. Er wohnt alleine in Heitersheim. Frank kann nicht mehr arbeiten. Er bezieht Grundversicherung. Frank muss mehrmals pro Woche nach Freiburg: Arzttermine, Apotheke, Ergotherapie. Frank braucht die Regiokarte! Er ist darauf angewiesen! Der Mobilitätsanteil in seiner Sozialhilfe beträgt 36 EUR pro Monat. Das reicht nicht. Das Regiokarte kostet 57 EUR. Das ist blöd für Frank. Er ärgert sich auch drüber. Er weiß: Wenn er in Freiburg wohnen würde, er das Sozialticket bekommen würde.

Zweites Beispiel:

Sabine, 37, ist eine alleinerziehende Mutter einer 11-jährigen Tochter: Sarah. Sie wohnt in Umkirch. Sarah geht in Freiburg in die Schule. Sie sind im Leistungsbezug SGB II, also Hartz 4. Sarah bekommt die Regiokarte, Sabine nicht. Wenn

Elterngespräch in der Schule ist, hat sie ein Problem.

Was sag ich jetzt zu Frank und Sabine nach dieser Kreistagssitzung?

„Sorry Sabine, sorry Frank – Ich hab’s versucht. Es ist eine politische Entscheidung – Freiburg macht’s, der Landkreis nicht. Zwei Möglichkeiten habe ich jetzt noch für Euch: Zieht um nach Freiburg!

Spart Euch die fehlenden 21 EUR vom Essensgeld ab. Ihr bekommt 5 EUR pro Tag für Essen. Wenn Ihr nur 4 EUR pro Tag für Essen ausbebt, reicht’s für die Regiokarte.“

So weit so schlecht!

Und jetzt kommt etwas, dass uns wütend macht: Der Kreistag entscheidet 2020 erneut gegen das Sozialticket. – Okay, das kennen wir aus den Vorjahren. Gleichzeitig stellt der Kreistag aber 180 TEUR für das Jobticket für die MA im Landkreis ein. Bitte nicht falsch verstehen: Wir gönnen den Mitarbeitern das Jobticket.

Aber wir können nicht im selben Atemzug das Sozialticket ablehnen.

180.000 EUR für das Jobticket! Das ist genau der Betrag, der für das Sozialticket im Haushalt 2020 notwendig wäre.

Was sag ich jetzt zu Frank und Sabine? Am besten nichts mehr! Es klingt alles nach „Marie Antoinette“: „Wenn Sie kein Brot haben, dann sollen Sie Kuchen essen“

Wir lehnen den Haushalt mehrheitlich 2020 ab.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien gesegnete und frohe Weihnachten.

Gerne auch mit Kuchen!

Martin Löffler

Oh Mann, Boomer

Vorne weg: Ich gehöre auch dazu. Fast perfekt Mitte der Sechziger geboren, bin ich quasi der Prototyp des Boomers, das heißt eines Vertreters der sogenannten geburtenstarken Jahrgänge. Darauf stolz bin ich nicht. Es scheint, als würde ich einer Generation angehören, die einerseits rumprotzt wie Bolle und andererseits mimosenhaft jammern kann, wie sonst niemand.



Vielleicht ist beides verständlich: Wo wir auftreten wächst kein Gras mehr. Wir sind immer in der Überzahl, in der Mehrheit und wir bestimmen, wo es lang geht. Darunter kann die Kritikfähigkeit schon etwas leiden. Vermutlich deshalb fallen wir über die junge schwedische Umweltaktivistin mit einer Wucht her, die nicht nur jegliche

Umgangsformen vermissen lässt, sondern an Peinlichkeit auch kaum zu überbieten ist. Wenn die Göre meint, sie könnte uns – UNS! – die Leviten lesen, dann hat sie sich aber mit den Falschen angelegt.

Ganz ehrlich: Ich schäme mich für vieles, was meine Generation da auf Facebook und Co. an geistigem Dünnpfiff abliefert. Es wäre mir peinlich, wenn über den unflätigen und meist erstunkenen und erlogenen Bildchen mein Name stünde.

Mehr oder minder selbsternannte Medienexperten (Spitzer & Co.) warnen vor dem schädlichen Einfluss des Internets auf unsere Kinder und Jugendlichen und auf die Gefahren für ihre Entwicklung. Ernsthaft? Ich kenne keine Altersgruppe im Netz, die weniger Medienkompetenz besitzt als meine. Da wird jeder noch so windige Blog und jede noch so abstruse Verschwörungstheorieseite mit Inbrunst zitiert. Quellenkritik? Was ist das? Wenn man uns darauf hinweist, dann kommt absolute Ahnungslosigkeit und Schulterzucken: Naja, ein bisschen was ist bestimmt dran.

Nein. Ist es nicht. Es ist erstunken und erlogen.

Dabei könnte man das Thema Umwelt und Ressourcen doch auch einfach mal ganz entspannt analysieren. Am besten am eigenen Beispiel. In diesem Fall also an meinem:

- Ich bin zusammen mit zwei Brüdern auf 75 oder 80 Quadratmetern aufgewachsen. Jetzt wohne ich auf deutlich mehr Fläche. Nicht das Doppelte, aber so viel fehlt auch nicht.
- Wir hatten kein Auto und sind alles mit Zug und Bus gefahren. Insgesamt also auf dem Land eher gar nicht. Klar steht jetzt eine Kiste in der Garage.
- Meine Eltern sind nie geflogen. Ich schon. Nach meinem Gefühl sogar oft. Meist beruflich und daher nicht wirklich von mir beeinflussbar, aber eben nicht nur.
- Ich bin 24 Stunden am Tag online. Minus Schlafzeit, meinetwegen. Die Bits und Bytes flitzen und das kostet Strom und davon nicht wenig.
- ... (es gibt noch viele Beispiele.)

In Summe: Ich lebe deutlich über meine Verhältnisse. Drei Erden wäre wohl nötig. Boomer halt.

Trotzdem verdrängen wir gut. So gut, dass wir uns über dieses mehr als harmlose Liedchen mit der Oma als Umweltsau über alle Maßen aufregen. Ich hab es nicht gehört, aber es muss ja ganz schlimm gewesen sein. How dare you! Unsere Omas und Opas waren allesamt ganz einfache Frauen und Männer, die alles geflickt und repariert haben. Nichts wurde weggeworfen. Und jetzt diese Respektlosigkeit!

Boomers, calm down. Inhale. Exhale.
Repeat. Die meinen nicht eure Oma. Die
meinen schon euch!

Sorry, uns. Ich bin auch gemeint. Ich zähle ja
dazu. Kolleginnen und Kollegen: Wir sind
die Umweltsäue. Und zwar big time! Das
trifft, denn wenn wir eine Sache absolut
nicht abkönnen, dann ist das Kritik an uns.
Aber es ist so.

Vielleicht sollten wir doch mal dran
arbeiten?

Oswald Prucker

WIR IM NETZ

Aktueller als in diesem Newsletter sind
wir im Netz.

Kommt also regelmäßig auf [spd-
breisgau-hochschwarzwald.de](http://spd-breisgau-hochschwarzwald.de) und zu
Facebook, Instagram oder YouTube unter
Rot-wild im Schwarz-wald.



Landtagswahl 2021: Wir treten an

Es ist zwar noch ein bisschen hin, aber die
ersten Kandidaten sind trotzdem schon
bekannt.

Für den Wahlkreis Breisgau hat jetzt die
Kreisvorsitzende Birte Könnecke ihre
Absicht zur Kandidatur erklärt. Auch
Oswald Prucker will als Zweitkandidat
wieder dabei sein.



Die Nominierungsveranstaltungen aller
drei im Landkreis relevanten Wahlkreise
werden dann im Sommer sein.

Klimaschutzoffensive statt Klimanotstand

Unser Antrag zum Klimanotstand im
Kreistag Breisgau-Hochschwarzwald ging
mit sehr großer Mehrheit heute
weitgehend durch. Hurra!

Nur Klimanotstand darf es nicht heißen. Na dann. Auf die Inhalte kommt es an.



Das wurde beschlossen:

- Bei Neubauvorhaben des Landkreises ist die Klimaschutzrelevanz im Textteil der Vorlage darzustellen und in einer Rubrik auszuweisen
- Neubauvorhaben des Landkreises sind unter Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeit und Finanzierbarkeit so zu planen und zu bauen, dass die neuen Gebäude klimaneutral betrieben werden können
- Es ist jährlich über Fortschritte und Herausforderungen bei der Umsetzung des Aktionsplans Klimaschutz und Klimawandel zu berichten
- Initiativen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel in den Städten und Gemeinden des Landkreises zu unterstützen, zu bündeln und zu koordinieren.

Wir sehen das als einen großen Schritt nach vorne. Unser Dank gilt unseren Jusos und der Linken Liste Breisgau-Hochschwarzwald, die unabhängig voneinander inhaltlich sehr ähnliche Initiativen eingebracht haben, die wir zu dem letztlich eingebrachten Antrag verarbeitet haben.

Toll, dass diesem Kompromiss alle Fraktionen im Kreistag zugestimmt haben – natürlich mit Ausnahme der kleinen Gruppe der Klimaleugner, aber auf deren Stimmen können wir gerne verzichten.

Eine genauere Einordnung der Entscheidung und Beispiele dafür, wie das den Landkreis betrifft, gibt es auf unserem YouTube-Kanal unter der Adresse <https://youtu.be/ICRDtujpJSg>.

Oswald Prucker

IMPRESSUM

Herausgeberin & V.i.S.d.P. ist die Kreisvorsitzende der SPD Breisgau-Hochschwarzwald:

Dr. Birte Könnecke
SPD Regionalzentrum,
Merzhauser Straße 4
79100 Freiburg

Redaktion:
Oswald Prucker
Birte Könnecke

redaktion@spd-breisgau-
hochschwarzwald.de

So geht Ortsverein!

Wir haben unsere Ortsvereinsvorsitzenden gebeten, uns zu verraten, was in ihrem Ortsverein gut funktioniert. Vielleicht ist da ja auch eine Idee für einen anderen Ortsverein dabei? Deshalb veröffentlichen wir hier nach und nach die Rückmeldungen. Wichtig: Es steht immer ein*e AnsprechpartnerIn dabei, damit man wenigstens mal nachfragen kann. Heute ist **Staufen** dran:

Stammtisch

Monatlicher Stammtisch, der sehr gut besucht ist und im Gasthaus auch öffentlich wahrgenommen wird. Unregelmäßig wird dazu mit Haustürbesuchen und einem Bierdeckel eingeladen.

Geburtstagskarten

Geburtstagsgratulation mit selbst entworfener Geburtstagskarte, die persönlich überreicht wird.

Ansprechpartner ist in beiden Fällen **Henry Kesper**, henry.kesper@t-online.de



SPD-Faktenfunk

Habt ihr schon mal den neuen SPD-Messenger auf Telegram ausprobiert? Mit Faktenfunk, Pressespiegel und mehr.



Auf der Homepage der SPD unter dem Link <https://www.spd.de/unterstuetzen/messenger> steht, wie das geht und es tut gar nicht weh ...

Oswald Prucker

OV Sulzburg: Volksbegehren vs. Volksantrag

Zur Informationsveranstaltung mit Diskussion zum Volksbegehren und Volksantrag, die auf Einladung des SPD-Ortsvereins am letzten Montag in der Ziegelhofstrauss in Ballrechten-Dottingen stattgefunden hatte, war ein sehr guter Besuch von knapp 50 Bürgerinnen und Bürger zu verzeichnen.

Beide Seiten waren in ausgewogenem Umfang vertreten und die Argumente wurden sehr sachlich ausgetauscht.

Zunächst begrüßte der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Friedhelm Engler, die Gäste, darunter den Initiator Herbert Paulin und auch drei Gemeinderäte aus Ballrechten-Dottingen und Sulzburg, sowie die sich den Fragen und der Diskussion stellenden Experten Rainer Schlumberger und Rainer Stoll. Letzterer hatte als Fachmann für den Artenschutz im Weinbau noch Johannes Kiefer aus Eichstetten am Kaiserstuhl mitgebracht.

SPD-Gemeinderat Udo Hagemeister erläuterte die gesetzlichen Vorgaben und Abläufe zum Volksbegehren und dass dem gegenüber nun ein Volksantrag der landwirtschaftlichen Verbände und ein Eckpunktepapier als Gegenentwurf der Landesregierung stehen.

Rainer Schlumberger ergänzte, was die Zuhörer dazu auch noch wissen mussten.

Die Beiden Experten erläuterten dann ihre Herkunft und wie sie zum Zustandekommen und Inhalt dieser Bürgerbeteiligungen stehen. Johannes Kiefer machte dazu ebenfalls in einer kurzen Ergänzung seinen Standpunkt deutlich.

Danach stellten einige Bürger, darunter auch einige Winzer aus Ballrechten-Dottingen, ihre Sicht dar und stellten Fragen ans Podium. Ungewollt sah sich dabei Rainer Schlumberger etwas in der

Minderheit vorne an den Stehtischen des Podiums. Er schlug sich aber wacker und brachte viele gute Argumente, warum das im Volksbegehren formulierte Gesetz zu einseitig die Seite der Erzeuger in die Pflicht nimmt, die so schnell nicht umsetzbar sind.

Dazu waren auch die Experten der Natur- und Artenschützer der Meinung, dass da ein Kompromiss nötig ist, dass die hohe Aufmerksamkeit, die für das Thema derzeit gegeben ist, aber auch dazu genutzt werden sollte, eigene Vorschläge und Lösungen anzubieten.

Problem dabei ist aber, dass der Gesetzesentwurf des Volksbegehrens nicht mehr abgeändert werden kann und im Erfolgsfall Gesetz würde, weshalb die Unterzeichnung des Volksbegehrens für die Region unbeabsichtigte Folgen mit sich brächte.

Auch andere Wortmeldungen gingen dann in die Richtung, dass die Verbände schon früher die bereits erfolgten Verbesserungen in unserem Bundesland hätten deutlich machen und vermarkten müssen und dass sie nun auch mit eigenen Umsetzungsvorschlägen für einen Meinungsumschwung kämpfen sollten.

Nach gut zwei Stunden beendete Friedhelm Engler den Argumentaustausch mit dem Dank an die Experten und an die Gäste für ihre sachlich vorgetragenen Beiträge. Da das Thema noch viele Facetten hat, ist eine Folgeveranstaltung durchaus denkbar.

Friedhelm Engler

Mitgliederstatistik

Im Dezember ist unser Mitgliederstand leider von 867 auf 863 gefallen. Wir freuen uns über zwei Neumitglieder, bedauern den Austritt von fünf Mitgliedern und trauern um ein verstorbenes Mitglied.

Zirka zwei Drittel unserer Mitglieder sind Männer, ein Drittel Frauen.

Termine, Termine

Stammtische

Kaiserstuhl – Tuniberg – March:

Im Januar ist immer Pause, aber dann geht es wieder weiter: Montag 10. Februar, Dienstag 10. März, Dienstag 14. April, Montag 11. Mai, Dienstag 9. Juni, Dienstag 14. Juli immer um 19 Uhr im Elsässer Hof, Breisach.



Breisgau: Donnerstag, 16. Januar, Bolando in Bollschweil, Montag, 10. Februar, Pizzeria Bella-Vita in Ehrenkirchen, Donnerstag, 12. März, Bolando, Montag, 20. April, Bella-Vita, Donnerstag, 14. Mai, Bolando und Montag, 15. Juni, Bella-Vita, jeweils ab 19:30 Uhr.

Hochschwarzwald: An jedem vierten Mittwoch im Monat, d.h. am 22. Januar, 26. Februar (Aschermittwoch), 25. März, 22. April, 27. Mai und 24. Juni jeweils um 19.30 Uhr im Hotel Jägerhaus, Postplatz 1-2, Titisee-Neustadt.

Noch mehr Statistik

Weil jetzt hier noch eine Spalte Platz ist, betriebe ich etwas Nabelschau:

Unser Mitgliederbrief erscheint seit dem März 2015. Anfangs noch eher sporadisch, aber seit dem März 2017 jeden Monat.

Insgesamt sind in diesen fast fünf Jahren 42 Ausgaben erschienen. Diese Ausgaben umfassen 615 Seiten. Die kürzeste Ausgabe erschien im Juni des letzten Jahres mit gerade mal sechs Seiten. Die längste gab es zwei Monate davor im April 2019 mit stolzen 27 Seiten. Im Schnitt kommen wir derzeit auf 14,6 Seiten pro Ausgabe.

